

## Vermessungen einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik

**Veranstalter:** Professur Politische Theorie und Ideengeschichte, Technische Universität Chemnitz; Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH); Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (SAW); Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Freistaat Sachsen

**Datum, Ort:** 30.11.2017–01.12.2017, Leipzig

**Bericht von:** Margarete Tiessen, Department of German, University of Cambridge

Die Tagung bildete zugleich Fortführung und Resümee des an der Technischen Universität Chemnitz angesiedelten Forschungsprojekts zur Intellectual History der Bundesrepublik.<sup>1</sup> Sie zeigte wiederum, dass die Zeitgeschichtshistoriographie den Wert der Intellectual History für die etablierte Geschichtswissenschaft im deutschen Forschungskontext bislang am überzeugendsten nachvollzogen hat. Die dezidiert interdisziplinäre Tagung war in diesem Sinne auch der Methodik der ideengeschichtlichen Fragerichtung gewidmet. Der Randständigkeit der bundesdeutschen Geistesgeschichte mit dem Überfluss der anglo-amerikanischen Intellectual History entgegenzuwirken, wies ALEXANDER GALLUS (Chemnitz) einleitend als Zielsetzung aus. Für die frühe Bundesrepublik seien insbesondere Narrative wie jenes der Entideologisierung politischer Konflikte nach 1945 oder der binären ideologischen Zuweisbarkeit des Denkens in der Hochphase des Kalten Krieges zu evaluieren. Entgegen einer „Denkgeschichte von Buch zu Buch“ solle es darum gehen, die Geschichte des Denkens und der Ideen „ins Dreidimensionale zu falten“.<sup>2</sup> Damit rückten die frühbundesrepublikanischen „Denk- und Rollenmuster, die intellektuellen Produzenten, Streiter und Diskurse sowie ihre Kommunikations- und Generationsnetze“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Zu Beginn verwies AXEL SCHILDT (Hamburg) auf die analytische Bedeutung des Kalten Krieges als „Rahmenbedingung“ der Ideengeschichte der frühen Bundesrepublik. Schildt setzte damit seinerseits den Rahmen der folgenden Beiträge: Nur unter Beachtung der sich schnell wandelnden Sagbar-

keitsbedingungen des Kalten Krieges und des „Zwangs zur Parteinahme“ für die richtige Seite in diesem globalen Konflikt, könnten die intellektuellen Entwürfe der frühen Bundesrepublik angemessen gewürdigt werden. Für deren Erforschung müssten deshalb zwei Perspektiven verbunden werden: Einerseits die gouvernementale Ebene, das „Hineinregieren in das intellektuelle Feld“, andererseits die Positionierung der Intellektuellen gegenüber den politischen Zwängen. Die erste Fragerichtung decke eine spezifische Restriktion des Sagbaren auf, mit Zuspitzung des Kalten Krieges sei vor allem eine Verengung des diskursiven Feldes gegen links einhergegangen. Die Reaktion der Intellektuellen ordnete Schildt nach drei Wegen: Die kritisch-konstruktive, beziehungsweise freundlich-kritische Begleitung der Bundesrepublik von rechts und links sowie die Propagierung eines dritten Weges für den neugegründeten Staat. Als vermeintlich unpolitische, der Westorientierung der Bundesrepublik mit Skepsis begegnende ‚geistige Elite‘ hätten die Intellektuellen der letztgenannten Gruppe die Frühphase der Bundesrepublik als vertane Gelegenheit zum Neuanfang und Zeit der geistigen Verengung wahrgenommen. Mit ihrem Wechsel in das Feld der Literatur könne die Gruppe 47 als linker Flügel betrachtet werden, auf der rechten Seite sei der „temporäre Terrainwechsel“ eher in das Feld der Religion erfolgt. Schildt verwies abschließend auf drei parallele Entwicklungen, die zur Erosion dieser spezifischen Ausgangssituation geführt hätten: Die letale Krise des antimodernistischen Konservatismus, die zunehmende Stärke der linksliberalen und sozialdemokratischen Intellektualität sowie das direkte politische Engagement der Intellektuellen des ‚dritten Weges‘.

Die erste Sektion – „Ideologien im politisch-gesellschaftlichen Wandel“ – eröffnete MARTINA STEBER (München) mit der Darstel-

<sup>1</sup> Vgl. Sebastian Liebold / Frank Schale, Intellectual History der Bundesrepublik. Ein Werkstattbericht, in: Denkströme - Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften 16 (2016), S. 97–119.

<sup>2</sup> Vgl. Frank Bajohr / Anselm Doering-Manteuffel / Claudia Kemper / Detlef Siegfried (Hrsg.), Mehr als eine Erzählung. Zeitgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 287–300, hier S. 287–288.

lung der frühbundesrepublikanischen Bemühungen um eine neue Sprache des Konservativen. Steber skizzierte zunächst die „Regelfaktoren“ der Begriffssuchen: In doppelter Abgrenzung – gegen die Nationalsozialisten und gegen die DDR – hätten die Konservativen sich beispielsweise zunächst an den bekannten politischen Kräften der 1920er-Jahre orientiert. Die Suchbewegungen seien dabei in vier „Arenen“ anzusiedeln: In den klade-stinen Intellektuellenkreise der auf die Weimarer Zeit zurückgehenden Neuen Rechten, in der Deutschen Partei, in der Abendland-Bewegung sowie, und dies besonders nach 1950, in der kulturkritischen Publizistik.<sup>3</sup> Die Legitimationsnöte des Konservatismus sowie seine begriffliche Unschärfe setzten sich indes über die frühe Bundesrepublik hinaus bis in die Gegenwart fort.

JENS HACKE (Halle) diagnostizierte für die Liberalen der frühen Bundesrepublik eine ähnliche Legitimationsnot. Auch sei der Liberalismus dieser Zeit nur schwer als Entität zu begreifen, es ließen sich verschiedene liberale Traditionslinien und Strömungen ausmachen, die jedoch allenfalls zurückhaltend mit dem Begriff „liberal“ als Selbstbeschreibung operierten. Der Begriff der „Liberalisierung“ würde die Formierungsphase der Bundesrepublik daher treffender charakterisieren. Hacke schloss mit drei Beobachtungen zur Ideengeschichte des bundesrepublikanischen Liberalismus: Zunächst müsse man von zwei Etappen der Liberalisierung ausgehen, einer ersten, kommunikativ eingeschränkten Phase der Verfassungsgebung, die durch die Abgrenzung von der deutschen Vergangenheit bestimmt gewesen sei, einer dann aber auf diese folgenden nachträglichen Aneignung der liberalen Demokratie. Zum Zweiten sei der Liberalismus nach 1945 kaum als parteigebunden zu bezeichnen, er diffundiere in unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppierungen. Zum Dritten sei nie Platz für einen „reinen Marktliberalismus“ gewesen, es sei vielmehr zu einer „Renormativierung des Liberalismusverständnisses“ gekommen. Die liberale Demokratie könne damit als Überwindung eines vorher zu beobachtenden Gegensatzes, als Errungenschaft der Bundesrepublik betrachtet werden.<sup>4</sup>

Den Blick auf die Ideen der Staatsgrün-

dung – Gegenstand der zweiten Sektion – eröffnete MARCUS LLANQUE (Augsburg) mit der These, dass die Verfassungsdebatten durch die „intellektuelle Geisteshaltung“ eines „paternalistischen Republikanismus“ gekennzeichnet gewesen seien. Ziel der ParlamentarierInnen sei in erster Linie ein funktionsfähiger, am Demokratisierungsauftrag der Nachkriegszeit ausgerichteter Staat gewesen. Anhand der Bemühungen Rudolf Katz' um die Weiterbeschäftigung während des Nationalsozialismus tätiger Juristen sowie Ludwig Bergsträssers Pragmatismus beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen vollzog Llanque nach, wie der Imperativ der Funktionsfähigkeit des Staates zum „Integrationsangebot“ für die Verwaltungseliten des Dritten Reiches wurde – ein Befund, der gerade angesichts der Biographien Katz' und Bergsträssers überrasche. Zur Erklärung des Paradoxons der Staatsgründung – der auf die liberale, fortschrittliche Verfassungsgründung folgenden, den Bezug auf eben diese Verfassung vermissenlassenden Restaurationsphase – verwies Llanque unter anderem auf Hannah Arendts Überlegungen zum Versiegen des ‚revolutionären Geistes‘ nach dem erfolgreichen ‚Gründungsakt‘. So sei das von der Verfassung vorausgewiesene gesellschaftstheoretische Programm erst in den 1960er-Jahren eingelöst worden.

FRIEDRICH KIESSLING (Eichstätt) konzentrierte sich demgegenüber auf das frühbundesrepublikanische Sprechen über die Form des öffentlichen Diskurses, auf die „diskursiven Praktiken einer sich selbst zur Demokratie erziehenden Gesellschaft“. Neben der durch mediale Formate oder die Bundestagseröffnungsreden vorgegebenen Gesprächskultur habe die Definition des guten Gesprächs auch im Werk von Intellektuellen wie Walter Dirks, Eugen Kogon oder Jürgen Habermas' eine besondere Prominenz einge-

<sup>3</sup>Vgl. Martina Steber, Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980, Berlin 2017, S. 107-163.

<sup>4</sup>Vgl. Jens Hacke, Die Gründung der Bundesrepublik aus dem Geist des Liberalismus? Überlegungen zum Erbe Weimars und zu liberalen Legitimitätsressourcen, in: Jörn Leonhard / Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 219-238.

nommen.<sup>5</sup> Kießling konstatierte für die frühe Bundesrepublik einen ‚deliberativen Überhang‘ – die gesellschaftliche Ablehnung des Dissens und des zu scharfen Pluralismus.

Mit einer Analyse der ‚Persistenz staatsrechtlicher Probleme in der Politikwissenschaft‘ eröffnete FRANK SCHALE (Chemnitz) die dritte Sektion, den Blick auf die frühbundesrepublikanische Disziplingeschichte. Anhand der Konzeptionen Franz Leopold Neumanns und Karl Loewensteins stellte Schale infrage, dass es sich beim Übergang von Staatslehre zu Politikwissenschaft um einen wissenschaftsgeschichtlichen Bruch gehandelt habe. Bei den Protagonisten der Disziplin seien sehr wohl theoretische Kontinuitäten zum Rechtspositivismus der Staatslehre festzustellen, die Kritik an diesem reiche aber gleichfalls schon in die Vorkriegszeit zurück.

KARL-SIEGBERT REHBERG (Dresden) charakterisierte die Soziologie der Nachkriegszeit als eine zunächst verstummende, innehaltende, weil von großer personeller Kontinuität gekennzeichnete Disziplin. Ihre sich in der Hinwendung zum Empirismus manifestierende radikale Versachlichung wertete Rehberg als ‚wissenschaftliche Westbindung‘. Nach der Verführung durch die großen Ideologeme habe es nach Einschätzung der Akteure ‚Selbstbescheidung‘ und ‚Nüchternheit‘ gebraucht. Diese Tendenz müsse im Nachhinein aber auch als Flucht vor der eigenen Vergangenheit, dem eigenen ‚Mittun‘ gewertet werden.

JAN ECKEL (Tübingen) richtete den Blick auf die Institutionalisierung der Zeitgeschichtsschreibung. Sie sei von dem Bewusstsein getragen gewesen, dass die Erforschung des Scheiterns von Weimar und des Nationalsozialismus nationalpädagogisch zu bedeutsam sei, um sie individuellem Forschungsinteresse zu überlassen. Der gedankliche Nukleus der Zeitgeschichtsschreibung der Vorkriegszeit – Zeitgeschichte als ‚direkte Vorgeschichte der Nation in ihrer jeweils gegenwärtigen Form‘ – sei damit weitergetragen worden. Allerdings habe sich nach 1945 der Fluchtpunkt geändert: Nicht mehr ‚positive Selbstvergewisserung‘, wie sie die Kriegsschuldebatte der Weimarer Republik prägte, sondern ‚historische Fehler-

suche‘ durch den rückprojizierten Vergleich mit den westlichen Demokratien.

Intellektuelle Biographien auf ihre ‚Erfahrung und Erwartung‘ hin zu lesen, so lautete der Anspruch der vierten Sektion. SEBASTIAN LIEBOLD (Chemnitz) rekonstruierte das öffentliche und akademische Wirkungsfeld des Politikwissenschaftlers Arnold Bergstraesser. Mit den Zeitgenossen sei dieser als ‚weltoffener Konservativer‘ zu charakterisieren: Auf der einen Seite ein liberales, amerikafreundliches Gesellschaftsprogramm, auf der anderen das Bemühen um Verwurzelung in der humanistischen europäischen Kultur. Liebold arbeitete damit eine synthetische Stoßrichtung des Bergstraesserschen Wirkens heraus, die auch die Freiburger Schule prägte.

MAGNUS KLAUE (Leipzig) kontrastierte mit Max Horkheimers Umzug in die Schweiz im Jahre 1957 eine ideenreiche, erwartungs-gesättigte Zeit der intellektuellen Biographie mit einer erwartungsarmen, zurückgezogenen. Friedrich Pollocks, die Gedankenwelt Montagnolas wiedergebende ‚Notizen über Gespräche mit Max Horkheimer‘ befragte Klaue auf ihre Beziehung zur bundesrepublikanischen Gegenwart: Was Horkheimer in den 1950er-Jahren als provisorisch Zurückgekehrter, als Gast, wahrgenommen hatte, sei in Montagnola in noch größere räumliche und geistige Ferne gerückt. Klaue rekonstruierte einen konservierenden, aphorisierenden Blick, der sich aus dem bloß Vermittelten, aus Zeitungen, Zeitschriften und Magazinen speiste. Der nachgelassene Text zeichne sich in diesem Sinne durch Fragmentierung, durch die ‚Unfähigkeit‘, den ‚Unwillen‘, die ‚Unmöglichkeit‘ zur Synthese aus. Es handele sich nur noch um ‚Erfahrungsreste‘ und ‚Argumenthülsen‘, denen der Zeithorizont verloren gegangen sei.

ROMAN YOS (Potsdam) zeigte, inwiefern die frühen Schriften (1952-1962) Jürgen Habermas‘ im Lichte der in dieser Dekade sich anhäufenden individuellen und gesellschaft-

---

<sup>5</sup> Vgl. Friedrich Kießling, ‚Gesprächsdemokraten‘ – Walter Dirks‘ und Eugen Kogons Demokratie- und Pluralismusbegründungen in der frühen Bundesrepublik, in: Alexander Gallus / Axel Schildt (Hrsg.), Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930, Göttingen 2011, S. 385–412, hier S. 391-402.

---

lichen Demokratieerfahrungen gedeutet werden müssten. Yos regte an, solche generationell geteilten Erfahrungen in ihrem spezifisch strukturierten Wandel und ihrer jeweils eigenen zeitlichen und räumlichen Dynamik gegenüber der Einbettung intellektueller Entwürfe in ihre generationenübergreifende Denktradition stärker zu berücksichtigen. Die nach Ende des Krieges aus der Erwartung eines Neubeginns resultierende, dann aber abnehmende Verwendung des „wir“ in dem untersuchten Textkorpus, exemplifiziere zudem, wie Text- und Sprachgeschichte durch eine stringente Periodisierung „Denkgeschichte“ würden. Yos zeigte sodann, dass Habermas' frühe Beiträge zur Bestimmung von Demokratie und Öffentlichkeit nur als Interventionen im zeitgenössischen Diskurs über Masse und Elite und deren jeweilige Freiheits- und Kontrollbedürftigkeit angemessen gewürdigt werden könnten: Entgegen der nationalsozialistischen Verachtung der Masse, jener elitedemokratischer Politikkonzepte in der Tradition Schumpeters und entgegen der obrigkeitsstaatlichen Elemente der frühbundesrepublikanischen Demokratieerziehung habe sich Habermas um die Rehabilitierung der Demokratiefähigkeit des einfachen Bürgers bemüht. Die späteren Konzeptionen von „Öffentlichkeit“ und „öffentlicher Meinung“ seien erst aus dieser Habermasschen „Destruktion des Diskurses über Masse und Elite“ erwachsen.

Die fünfte Sektion war der Publizistik der frühen Bundesrepublik gewidmet. MORITZ NEUFFER (Berlin) rekonstruierte C. Wright Mills „linke Idee von Publizistik“ als die Proklamation des Ausgangs aus gesamtgesellschaftlicher und auch linker „Apathie“, aus der „Ohnmächtigkeit des Individuums gegenüber bürokratischen Staatsapparaten“. Dieser „Topos“ vom Handlungsbedarf in Zeiten der Apathie sei zur auch zur „Anfangserzählung“ der Neuen Linken der Bundesrepublik geworden. Deren publizistische Initiativen – Neuffer zeigte dies am Beispiel der Zeitschriften *konkret*, *alternative* und *Das Argument* – dokumentierten die Selbststilisierung der Intellektuellen als die „wahre skeptische Generation“ sowie ihre oppositionelle Haltung gegenüber den etablierten Medien. Sie dokumentierten ebenso die zunehmen-

de Bedeutung der Theorie zur Verarbeitung und Veränderung der Wirklichkeit und markierten damit den Beginn der Ausdifferenzierung eines eigenen „Kosmos intellektueller Bildung und Selbstbildung“, der in den späten 1960er-Jahren den Höhepunkt seiner gesellschaftlichen Wirksamkeit erreichen sollte.

STEFAN GERBER (Jena) verwies auf die Entwicklung der katholischen Publizistik der Bundesrepublik von der „Offensive“ zum „Refugium“ katholischer Intellektueller. Die nach 1945 wiederbelebten Kulturzeitschriften wie das von 1946 bis 1971 erneut erscheinende Hochland seien als „Kulturoffensive der Nachkriegszeit“ zu betrachten, die die Kontinuität des Katholischen gegenüber den politischen Zäsuren 1933 und 1945 betonte. Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und neuer konservativer Konkurrenz durch die Internationale katholische Zeitschrift *Communio* habe Hochland zunehmend an Bedeutung eingebüßt. Gerber skizzierte in einem zweiten Schritt die Verwissenschaftlichung der katholischen Publizistik in Wochenzeitungen wie *Publik* oder *Rheinischer Merkur*. An ihrem Anspruch auf intellektuelle Sammlungsfunktion seien diese Vorhaben jedoch letztlich gescheitert.

Wie Gallus abschließend betonte, seien durch die Beitragenden „Mosaiksteine“ und „Fragmente“ für die Intellectual History der frühen Bundesrepublik zusammengetragen worden. Mehr noch als dies, zeigte die Tagung, dass man keineswegs von einer ideologischen Armut, allenfalls von einer gewissen Zurückhaltung der Nachkriegsintellektuellen vor der theoretischen und ideologischen Synthese sprechen kann. Blickt man hinter die Kulisse der, auch begrifflichen, Vorsicht, erscheint die frühe Bundesrepublik als ideenreiche „Transformationszone“ (Eckel), als Zeit der intensiven ideologischen Abgrenzung und Brückenbildung von und zu nationaler Vergangenheit, aber auch von und zu den Parteien des Kalten Krieges.

Über die einzelnen „Themen und Wissensfelder“ wurden zugleich Forschungsfeld und -auftrag der Intellectual History ausdifferenziert: Die Beiträge zeigten nicht nur die Bedeutung einer genauen semantischen Analyse für die Ergründung der ideologischen Kontinuitäten und Brüche nach 1945, sie verwie-

sen auch auf den Wert des ideengeschichtlichen Zugangs gegenüber der am eigenen konzeptuellen und inhaltlichen Fortschreiten orientierten Disziplingeschichte. Vor allem wurde deutlich, wie unerlässlich gerade für die Nachkriegszeit die Untersuchung intellektueller Konzeptionen und Biographien im Lichte ihrer Erfahrungsräume und -wandel, ihrer Erwartungshorizonte ist. Kosellecks „Anthropologie historischer Zeiterfahrung“ in diesem Sinne noch systematischer methodisch auszuwerten, erscheint entsprechend der Anregung Roman Yos' als lohnenswerte Perspektive. Vielleicht ließe sich auf diese Weise eine Kategorie der alten Geistesgeschichte für die Intellectual History operationalisieren – das „Leben“ einer Zeit, als der Ausgang ihres Denkens.

#### **Konferenzübersicht:**

Alexander Gallus (Chemnitz): Begrüßung und Einführung

Axel Schildt (Hamburg): Der Zwang zur Parteinahme – Die Intellektuellen im Frontstaat des Kalten Krieges

*Sektion 1: Ideologien im politisch-gesellschaftlichen Wandel*

Moderiert von Thomas Kroll (Jena)

Martina Steber (München): Konservatismus in Legitimationsnöten – Westdeutsche Suchbewegungen in den 1950er und frühen 1960er Jahren

Jens Hacke (Halle): Liberalismus jenseits des kaltkriegerischen Konsenskitts

Philipp Kufferath (Bonn): Sozialismus im Spannungsfeld von Staatsdoktrin, Antikommunismus und radikaler Utopie

*Sektion 2: Staatsbegründung und Streitbarkeit – Modi des Redens und des Streitens*

Moderiert von Dirk van Laak (Leipzig)

Marcus Llanque (Augsburg): Der Republikanismus der Gründer – Die Verfassungsdebatten der ersten Jahre

Friedrich Kießling (Eichstätt): Diskutieren lernen oder die Entdeckung der guten Kontroverse

Michael Dreyer (Jena): Streitbare Demokratie

als Weimar-Antidot

*Sektion 3: (Geistes-) Wissenschaft zwischen Ideologie und Eigenlogik*

Moderiert von Hubertus Buchstein (Greifswald)

Frank Schale (Chemnitz): Die Persistenz staatsrechtlicher Probleme in der Politikwissenschaft – Franz L. Neumann und Karl Loewenstein

Karl-Siegbert Rehberg (Dresden): Soziologen und Psychologen mit Realitätsdrang?

Hendrikje Schauer (Stuttgart): Geschichtsphilosophische und ästhetische Grundlagenkonflikte – Prüfstein Heine

Jan Eckel (Tübingen): Historiker entdecken die Geschichte der eigenen Zeit

*Sektion 4: Biografien zwischen Erfahrung und Erwartung*

Moderiert von Maren Möhring (Leipzig)

Sebastian Liebold (Chemnitz): Medienstar und Kauz? Arnold Bergstraesser in der frühbundesrepublikanischen Öffentlichkeit

Magnus Klaue (Leipzig): Ausgegangene Erwartung – Max Horkheimer in Montagnola

Franziska Meifort (Oldenburg): Ein ‚Wunderkind der deutschen Soziologie‘? Ralf Dahrendorf in den fünfziger Jahren

Roman Yos (Potsdam): ‚Die Masse – das sind wir – Jürgen Habermas‘ demokratietheoretische Einsatzstelle in der frühen Bundesrepublik

*Sektion 5: Materialität und Organisation intellektueller Öffentlichkeit*

Moderiert von Alexander Gallus

Peter Hoeres (Würzburg): Die ‚Prawda der Bourgeoisie‘ – Die F. A. Z. als neues konservatives Leitmedium?

Moritz Neuffer (Berlin): Zur Publizistik der Neuen Linken um 1960

Stefan Gerber (Jena): Offensiven oder Refugien? Publizistische Projekte im deutschen Katholizismus 1945-1970

Tagungsbericht *Vermessungen einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik.*

---

30.11.2017–01.12.2017, Leipzig, in: H-Soz-Kult  
30.01.2018.